

Was heißt „normal“?

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hat mit ihrem Rundumschlag gegen Gendern oder Klimaaktivismus die „normal denkenden Menschen der politischen Mitte“ gegen „die üblichen Empörungsspezialisten an den politischen Rändern“ in Stellung gebracht. Sie hat damit Emotionen geschürt statt für politische Lösungen einzutreten, und sie hat es wieder ein Stück schwerer gemacht, eine dringende nötige konsequente Klimapolitik durchzusetzen. Soziale Fragen hat sie gar nicht einmal angesprochen.

Natürlich war es richtig, Mikl-Leitner zu kritisieren und darauf hinzuweisen, wie gefährlich es ist, zwischen Normalen und Abnormalen zu unterscheiden. Doch leider wird diese Debatte nicht immer mit den richtigen Argumenten geführt. Wenn Bundespräsident Van der Bellen moniert, man dürfe die Menschen nicht in „Wir“ und die „Anderen“ einteilen, weil das die Gesellschaft spalte, dann trifft er nicht den Punkt. Gesellschaftliche Spaltungen sind das Resultat realer Ungleichheiten an Ressourcen, Reichtum und Macht. Sie müssen angesprochen werden, um gerechtere Zustände zu erwirken. Dieser „Agonismus“ ist unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Die Postulierung von normalem versus abnormalem Verhalten ist hingegen genau das Gegenteil von Demokratie. Denn was als „abnormal“ klassifiziert wird, ist nicht mehr Bestandteil des üblichen politischen Streits, es ist entweder dumm oder verbrecherisch. Es wird der demokratischen Auseinandersetzung entzogen.

Wenn man diese beiden Diskurse mischt, entsteht eine Konfusion, und Bundeskanzler Nehammer kann ausrücken und schnell den ungehemmten Fleischkonsum und das zügellose Autofahren als normal erklären, also außer Streit stellen. Damit sind diejenigen, die einwenden, dass wir angesichts der Klimakatastrophe unsere alltäglichen Verhaltensweisen ändern müssen, und dass die Politik dazu die Weichen stellen sollte, z.B. Tempo 100 auf Autobahnen, nicht mehr die politischen Gegner, denen man Argumente entgegenhalten müsste, sondern Radikale und Abnormale, mit denen keine Auseinandersetzung mehr nötig ist.

Werner Wintersteiner, 23. 7. 23